Visa-Stopp der Trump-Regierung: Studierende in Berlin in Sorge

Studierende in Berlin und Brandenburg sagen Auslandssemester in den USA aufgrund verschärfter Visa-Regeln der Trump-Regierung ab.

Berlin, Deutschland - Die politische Unsicherheit und die verschärften Visa-Regeln der Trump-Regierung verunsichern derzeit viele Studierende in Deutschland. Insbesondere in Berlin und Brandenburg haben einige Studierende ihre geplanten Auslandssemester in den USA abgesagt. Wie rbb24 berichtet, haben an der Humboldt-Universität in Berlin beispielsweise 10 von 40 Studierenden ihre Pläne geändert. An der Freien Universität Berlin waren es 2 von über 40, und an der Technischen Universität Berlin hat 1 von 29 Studierenden abgesagt. Diese Absagen gehen auf persönliche Bedenken und Sorgen über die politischen Entwicklungen in den USA zurück.

Besonders betroffen sind dabei nicht-binäre Personen. Bei der

TU kam die Absage von einer Transperson, was die Sorgen in dieser spezifischen Studierendengruppe verdeutlicht. An der Universität der Künste (UdK) planen bislang 14 Studierende ein Auslandssemester in den USA, während an der Hochschule für Wirtschaft und Recht 17 Studierende entsprechende Pläne haben. Laut der UdK sollen Studierende keine Flüge oder Reservierungen stornieren und abwarten.

Visa-Verfahren und neue Regelungen

Die US-Regierung hat beschlossen, die Verfahren für Studentenvisa unter der Aufsicht von Außenminister Marco Rubio vorerst auszusetzen. Dies betrifft insbesondere die Visa-Kategorien F, M und J, die für verschiedene Studien- und Austauschprogramme vorgesehen sind. Die ZDF fasst zusammen, dass US-Botschaften und Konsulate angewiesen wurden, vorerst keine neuen Termine für Visa-Anträge zu vergeben. Bereits bestehende Termine sollen jedoch weiterhin bestehen bleiben.

Die Maßnahme betrifft nicht nur Studierende, die in den USA studieren möchten, sondern auch etwa 10 Studierende der Universität Potsdam, die im September in die USA reisen wollten. Jährlich studieren zwischen 8.000 und 9.000 Deutsche in den USA, was die Tragweite dieser Regelungen unterstreicht. Charles Kuck, ein US-Jurist, erklärt, dass die US-Regierung grundsätzlich das Recht hat, Visa zu beschränken, jedoch erwartet, dass weniger Anträge genehmigt werden, was voraussichtlich zu einem Rückgang internationaler Studierenden führen könnte.

Auswirkungen auf Austauschprogramme

Die derzeitige Situation betrifft nicht nur Universitätsstudierende. Laut WDR haben auch viele Schüler in Nordrhein-Westfalen und weltweit Sorge über ihr kommendes Austauschprogramm. Der Visa-Stopp erstreckt sich ebenfalls auf Au-pair-Programme und die Teilnahme an Schüleraustausch. In

vielen Fällen müssen Schüler ihre Reisepläne ändern und schauen nun eher in Richtung Europa oder Kanada, weil persönliche Kontakte zu Gastfamilien und Schulen in den USA bestehen können.

Verstärkt wird die Situation durch die Forderung der US-Regierung nach intensiveren Überprüfungen der Social-Media-Accounts von Visa-Antragstellern. Dies betrifft insbesondere pro-palästinensische Äußerungen, was bei vielen jungen Menschen zusätzliche Ängste auslöst. Jan Schütte vom Arbeitskreis gemeinnütziger Jugendaustausch berichtet von vielen besorgten Anfragen von Eltern und Schülern, während der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) zur Ruhe mahnte und auf offizielle Mitteilungen der US-Regierung wartete.

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat Verständnis für die Verunsicherung internationaler Studierender gezeigt und empfiehlt, offizielle Informationen abzuwarten. Trotz der angespannten Lage bleibt es wichtig, sich über die aktuellen Entwicklungen und Regelungen zu informieren, um fundierte Entscheidungen treffen zu können.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ursache	politische Unsicherheit, verschärfte Visa-Regeln
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.zdfheute.de • www1.wdr.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net